

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Max Dresden Nr. 31502  
Elb- und Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Konto: 114, Deutsche Kredit-Anstalt, Dresden  
Dresdener-Konto: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher, Stritz, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hoyerwitz, Pisknit, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-K.

Verlag: Elb- und Elbgaupresse Dresden - Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Erzählt täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und „Amst. Kur- und Fremdenliste.“ Bezugspreis: Monatslich M. 16,000, —, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postämtern M. 16,000, —. Einzelverkaufspreis: M. 500. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung beim Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichstadt. Bei unrichtigen eingeleiteten Anzeigen in Nachdruck behaupten. Für Anzeigen, welche durch den Druckfehler aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bei der Richtigkeit nicht übernommen werden. Anzeigen werden die angegebene Zeit mit M. 1000, — berechnet, Resten die 4 gelieferte Seite mit M. 500, —, Anzeigen und Resten mit Platzverboten und schwerigen Seiten werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Einzeliger Rabatt gilt als Restzahlung und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Empfang der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einziehung der Anzeigenbeiträge fällt der bewilligte Rabatt fort.

Nr. 173

Blasewitz, Freitag, 27. Juli 1923

85. Jahrgang.

## Der Antifaschistentag.

Trotz des Demonstrierens für Frauen wie für die meisten anderen Länder wird von linksradikaler Seite mit allen Mitteln weiter Propaganda für den Antifaschistentag getrieben. Wie das bisher in allen ähnlichen Fällen üblich war, lassen die Kommunisten nicht die Betrübe, natürlich nur die einen mit kommunistischer Mehrheit, mit Entschiedenheit aufzuklären, die neben dem Verbot des Antifaschistentages protestieren und trotz der Verordnung des Ministeriums des Innern zur Teilnahme an den verbotenen Kundgebungen auffordern.

An der Spitze dieser Entschiedenheit markiert wertvollbarerweise der Bezirksbetriebsrat der Reichsbahnverwaltung Berlin, dessen Resolution mit dem Ruf lautet: „Daraus zum Antifaschistentag für die Verhinderung des Faschismus gegen den weißen Terror, für die Befreiung der Arbeiterklasse.“

Städtische kommunistische Kreise machen bekannt, daß die R. D. ihre Demonstration am kommenden Sonntag unter allen Umständen durchführen werde. Das Verbot des preussischen Ministers des Innern sei, wie erklärt wird, vorläufig noch unwirksam, da der Berliner Polizeipräsident Richter und die autonomen Polizeibehörden die Demonstrationen in ihrem Amtsbezirk bisher nicht verboten haben. Da man jedoch mit einer solchen Entscheidung rechnen, fand am Donnerstag eine Sitzung der Parteileitung mit den Groß-Berliner Parteigenossen statt, in der man sich über die Frage klar werden will, in welcher Weise das Verbot, das zweifellos zu erwarten ist, umgangen werden kann.

Die Sozialdemokraten gegen den Antifaschistentag

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie hat bekanntlich die Partei auf den 29. Juli anstehenden Antifaschistentag nicht zu tun hat. Er ist bei Anlegung des Tages auch gar nicht gefragt worden. Daraus ergibt sich, daß die Organisation in den Orten, in denen sie zur Teilnahme aufgefordert werden, die Teilnahme ablehnen und auch einzelne Genossen sich von der Veranstaltung fernhalten werden.

Reisender Sozialdemokraten für die Teilnahme am Antifaschistentag

Wie wohl der Parteivorstand der Sozialdemokratie von der kommunistischen Veranstaltung am 29. Juli abdrückt, halten es doch sozialdemokratische Kreise für berechtigt, sich über die parteiamtliche Anordnung hinwegzusetzen. In der kommunistischen „Sachl. Arbeiterzeitung“ in Leipzig veröffentlicht der Gen. über die Durchführung der Vorbereitungsgemeinschaften proletarischer Duerberrichter gebildet ist, eine Kundgebung, worin zur Teilnahme an dem Antifaschistentag aufgefordert wird. Dieser Ruf ist unterzeichnet von einem Sozialdemokraten einem Kommunisten, einem unabhängigen Sozialisten und einem sozialdemokratischen Parteigenossen. Wir stellen fest, daß also gewisse Kreise der Reichs-Sozialdemokratie am Sonntag den Kommunisten Helfershelfer sein werden. Um die innere Geschlossenheit der Sozialdemokratie gegenüber dem Moskowitismus steht es demnach sehr schlimm.

Beschluß der sächsischen BSPD.

Der Bezirksvorstand der BSPD. veröffentlicht folgende Mitteilung über die Stellung der BSPD. zum Antifaschistentag der Kommunisten: „Aus parteiagentlichen Kreisen kommt wiederholt die Anfrage, wie sich die Partei zu dem Antifaschistentag der SPD. verhalte. Dazu ist zu bemerken, daß die Partei in der letzten Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes zu der Frage Stellung genommen und eine Beteiligung an dem Antifaschistentag der Kommunisten abgelehnt hat. Die Gründe für diese Ablehnung sind folgende: Am 11. August findet die Versammlungsfeier der Deutschen Republik statt. Diese Feier soll eine Übersicht aller Freunde der Republik, vor allem ihrer festesten Stütze, des sozialistischen Proletariats, sein. Die Partei will diesen Tag durch würdige Demonstrationen festlich begehen. Es verkehrt sich, daß sich eine Partei der jungen Republik sich auch gleichzeitig gegen sie öffnen und verfeindete Feinde dieser Republik richtet und so der Gedanke des Antifaschistentages mit verwirrt wird. Wir haben der SPD. diese unsere ablehnenden Gründe mitgeteilt und sie aufgefordert, sich an der Versammlungsfeier am 11. August zu beteiligen. Eine Antwort steht noch aus.“

## Wichtige Ereignisse.

Im preussischen Ministerium des Innern wurde beschlossen, mit aller Schärfe gegen etwaige Kubistoren vorzugehen. Die Schutzpolizei werde in Alarmbereitschaft gehalten werden.

Die Großhandelspreise sind abermals um 38% gestiegen worden.

Für die Zeit vom 1. August bis 7. August einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 5 219 800 Prozent.

Im Zwickauer und im Lugau-Deisnitzer Kohlenrevier sind etwa 20 000 Bergleute wegen Lohnfragen in den Ausstand getreten.

## Sachen und der Devisenmarkt.

Dem sächsischen Wirtschaftsministerium Abhilfe zugefagt.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Die neuerlichen Verordnungen über den Devisenverkehr haben das deutsche Wirtschaftsleben im allgemeinen, besonders aber das des Freistaats Sachsen mit seiner konzentrierten Industrie und seiner starken Bevölkerungsdichte ungemein nachteilig beeinflusst. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die strengere Kontrolle des Devisenverkehrs und die nur in bestimmten Prozenzanteilen erfolgende Zuteilung von Devisen durch die Reichsbank vielleicht das Tempo der Kurssteigerungen des Dollars etwas verlangsamt haben, so darf doch andererseits keineswegs die feststehende Tatsache bestritten werden, daß die Sperremaßnahmen auf eine längere Zeit, als es bisher geschahen ist, für das Wirtschaftsleben kaum tragbar sind. Besonders die Festlegung eines amtlichen Zwangskurses für Devisen, der weit unter dem wirklichen Auslandskurs steht, kann nicht länger aufrechterhalten werden. In Sachen werden sich die Folgen dieser Devisenordnungen am schlimmsten auf dem Lebensmittelmarkt auswirken, so daß die Gefahr besteht, daß ein Lebensmittelmangel schwerster Art eintreten kann, wenn nicht dem Lebensmittelhandel mehr Devisen als bisher zur Verfügung gestellt werden können. Aus diesem Grunde hat der sächsische Wirtschaftsminister am vorigen Dienstag sowohl mit dem Reichswirtschaftsminister wie mit dem Präsidenten der Reichsbank in Berlin verhandelt.

Als Ergebnis der Besprechungen kann festgestellt werden, daß sich die sächsischen Stellen in Berlin der Berechtigung der Devisenstellungen des sächsischen Wirtschaftsministers nicht entzogen haben. In der Sache steht fest, auf welche Weise den Bedürfnissen des Handels und der Güterproduktion Rechnung zu tragen, soweit es unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich ist. Eine wesentliche Forderung der bisher geltenden Bestimmungen ist inzwischen bereits erfolgt. Es darf angenommen werden, daß man sich auch beim Reiche überzeugt hat, daß die Zwangsmassnahmen, die die letzte Devisenverordnung gebracht hat, kein geeignetes Mittel sind, die Schäden, denen man entgegenwirken wollte, zu beseitigen oder zu mildern. Es besteht im Gegenteil die Gefahr, daß durch diese allzu geringe Zuteilung von Devisen besonders auf dem Lebensmittelmarkt eine Warenknappheit eintreten kann, die so groß wird, daß sie zu einer Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände führt, weil die Nachfrage das Angebot übersteigt. Man man den vielen Schäden unseres Wirtschaftsorganismus wirksam bestimmen, so wird man andere Mittel wählen und andere Wege beschreiten müssen.

Bisher ist eine höhere Devisenzuteilung nur für die Lebensmittelversorgung des besetzten

## Von der englischen Note.

Die französisch-belgische Antwort.

Paris, 27. Juli. Von offizieller Seite wird bestätigt, daß die Verhandlungen zwischen Paris und Brüssel zum Abschluss gelangt sind und zu einer vollständigen Einigung über den Inhalt der auf das englische Memorandum abzufolgenden Antwort geführt haben. Die Antwort Frankreichs und Belgiens wird in nächster Zeit in London überreicht werden. Nach wie vor wird von der Regierungspresse erklärt, daß Frankreich und Belgien an eine Klärung des Ruhrgebietes erst dann herantreten können, wenn Deutschland genügende Zahlungen geleistet hätte, und daß vorher keinerlei Verhandlungen möglich wären, solange Deutschland den passiven Widerstand nicht aufbehebt.

## Eine italienische Note.

Paris, 27. Juli. Der italienische Botschafter hat gestern Poincaré eine italienische Note übergeben, worin erklärt wird, daß die Hauptfrage bei der interalliierten Ausarbeitung der Amnestierung der alliierten Schulden sei.

## Die Sicherung Frankreichs.

Paris, 27. Juli. Das gestern früh in der Morgenpresse verbreitete Anerbieten Englands, in jeder Weise an der militärischen Sicherung Frankreichs mitzuwirken, findet in Paris Kreisen lehrhaft Gegenüber. Ein Sicherungsabkommen, so erklärt der „Temps“, müsse auf Gegenseitigkeit beruhen, und zwar verweist das Blatt darunter nichts weniger als ein mit England abgeschlossenes Bündnis, das auf dem Gebiete der Luftschiffahrt zum Schutze der belagerten Hafenstädte, sowie auf maritimem Gebiet zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen London und Paris und den überseeischen Besitzungen der beiden Länder abgeschlossen ist.

## Von Ruhr und Rhein.

Paris, 27. Juli. Die „Humanité“ schreibt, in den nächsten Tagen werden die Städte Weisung, Braunsfeld und Dillenburg sowie ein Bergwerk in der Nähe von Siegen besetzt werden.

Gelsenkirchen, 26. Juli. General Deonville hat Frau T. H., die in dem Namen des Passiers am Beginn des zum Tode verurteilten deutschen Staatsanwaltes Georges beschuldigt, mitegeteilt, daß dem Gnadenersuch stattgegeben worden sei.

Nachen, 26. Juli. Vier Deutsche im Alter von 18 bis 28 Jahren, Friedrich Wilhelm Graf von Keller aus Nürting, Student Ludwig Schütze aus Nürting, Rindenberg aus Dortmund und Bergmann Kurt Lohrer, waren von belgischen Kriegsberatern wegen Vorbereitung eines Sabotageaktes, und zwar die drei Ersten zum Tode und der letztgenannte zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden. In der Verurteilung ist das Urteil gegen die drei Ersten in lebenslängliche Zwangsarbeit und gegen Lohrer in 20 jährige Zwangsarbeit umgewandelt worden.

## Noch keine Ruhe in Frankfurt

Frankfurt a. M., 26. Juli. Die Schutzpolizei mußte gestern im Schützenhof in der Bergerstraße eingreifen, wo sich auf die Nachricht hin, daß dort die Arbeiter- und Militärveterane eine Versammlung abhalten, eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt hat und war mit der Absicht, die Versammlung zu sprengen. Die Versammlungsteilnehmer verließen auf Witten des anwesenden Revierverwalters, um Ausbreitungen zu vermeiden, den Saal, worauf alsbald die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt wurde.

## Die Not in Berlin.

Berlin, 27. Juli. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich gestern mit dem dringlichen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Reichsregierung aufzufordern, sofort Maßnahmen gegen die Not der Berliner Bevölkerung zu treffen. Bürgermeister Ritter teilt mit, daß eine Vorberatung des Magistrats zum Reichsanwalt gehen wird, um die katastrophale Ernährungslage der Stadt zu schildern und auf die schmerzlichen Folgen hinzuweisen, die die furchtbare Not haben können. Die Reichsregierung dürfte

sich dem neuen Rufe der Stadt Berlin nicht länger verschließen. Die Stadtverordnetenversammlung schloß sich einmütig dem sozialdemokratischen Antrag an.

## Gewaltiges Steigen der Großhandelspreise.

Berlin, 26. Juli. Die erneute starke Aufwärtsbewegung des Dollarkurses hat die Großhandelspreise um weitere 38 Prozent auf das 79 462 fache der Vorkriegszeit gesteigert. Die Einfuhrwaren allein sind um 60 Prozent auf das 115 188 fache die hauptsächlich im Inland erzeugten Waren um 33 Prozent auf das 72 317 fache gestiegen. Die Lebensmittel stehen im Durchschnitt auf dem 71 597 fachen, die Industriehilfsstoffe auf dem 94 166 fachen der Vorkriegszeit. In dem gleichen Zeitraum vom 17. auf den 24. Juli ist der Dollarkurs von 218 000 auf 414 000, also um 90 Prozent gestiegen. Damit ist das Goldniveau der Großhandelspreise von dem ungewöhnlich hohen Stand von 111 Prozent am 17. Juli auf 81 Prozent am 24. Juli herabgesunken.

## Die Löhne der Bergarbeiter.

Berlin, 26. Juli. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft haben für die größeren Steins- und Braunkohlegebiete des Reichs und unbesetzten Deutschlands im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung getroffen, wonach für die Zeit vom 23. Juli bis 2. August auf die Löhne, wie sie bis zum 23. Juli galten, außer einer bereits früher vereinbarten Erhöhung um 30% ein weiterer Aufschlag von 40% gewährt werden soll. Der Stundenlohn eines Handwerkers im mitteleuropäischen Braunkohlebergbau beträgt demnach ein schließlich des Hausstands- und Kinderzulages 28 000 Mark. Die Verhandlungen für die obersteilischen und Westwälder Braunkohlegebiete finden am Freitag den 27. Juli im Reichsarbeitsministerium statt. Die Verhandlungen über Einführung wertbeständiger Löhne werden für den ostpreussischen Kohlenbergbau am Dienstag den 31. Juli fortgesetzt werden.